

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Legal Basis:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Akademie Deutsches Bäckerhandwerk Weinheim e.V., Bundesakademie des Bäckerhandwerks
Im Waldschloss / Gorbheimer Talstraße 23
Weinheim
69469
Deutschland
Kontaktstelle(n): Bernd Kütscher, Direktor Akademie Deutsches Bäckerhandwerk Weinheim e.V.
Telefon: +49 62011070
E-Mail: kuetscher@akademie-weinheim.de
Fax: +49 06201182579
NUTS-Code: DE128

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.akademie-weinheim.de>
Adresse des Beschafferprofils: <http://www.akademie-weinheim.de>

I.2) **Informationen zur gemeinsamen Beschaffung**

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.a-dk.de/akademie-weinheim>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Andere: Eingetragener Verein

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Bildung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Modernisierung und Erweiterung der Akademie Deutsches Bäckerhandwerk Weinheim e.V. Planungsleistungen
Objektplanung entsprechend § 34 HOAI und Freianlagen entsprechend § 39 HOAI

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71200000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Der Auftrag umfasst die Planungsleistungen Objektplanung entsprechend § 34 HOAI und Freianlagen entsprechend § 39 HOAI für die Modernisierung und Erweiterung der Akademie Deutsches Bäckerhandwerk Weinheim e.V.

Es ist eine abschnittsweise und stufenweise Beauftragung der LPH 1-9 vorgesehen.

Die Umsetzung der Maßnahmen in einem Zeitraum von insgesamt ca. 3 Jahren geplant.

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

II.1.6) Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) Beschreibung

II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code: DE128

Hauptort der Ausführung:

Weinheim an der Bergstraße

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Der Auftrag umfasst die Beschaffung der Planungsleistungen Objektplanung entsprechend § 34 HOAI und Freianlagen entsprechend § 39 HOAI, Modernisierung und Erweiterung der Akademie Deutsches Bäckerhandwerk Weinheim e.V.

In den letzten Jahren sind die Teilnehmerzahlen bei den Seminarveranstaltungen erheblich angestiegen.

Das Haupthaus wurde 2009 modernisiert, nun stehen im Bereich von Technologiezentrum und Gästehaus umfangreiche Maßnahmen an:

Modernisierung und Erweiterung Technologiezentrum

Energetische Modernisierung des Gebäudes. Der erhöhte Flächenbedarf des Technologiezentrums soll durch eine Erweiterung des Gebäudekomplexes abgedeckt werden.

- Erneuerung und Erweiterung der Lehrbackstuben
- Bereitstellung zusätzlicher Flächen für einen Hygienebereich
- Modernisierung/Erweiterung von
- Umkleideräumen
- Büros

- Sozialräumen für die Mitarbeiter

- Erweiterung der Lagerflächen

Modernisierung Gästehaus

- Energetische Modernisierung des Gebäudes

- Diverse Maßnahmen im Gebäudeinneren (u.a. Modernisierung der Zimmer, Sozial-/Kellerräume, Elektrik, Heizanlage)

Neubau von Parkplätzen

- Erweiterung der Kapazität an Parkplätzen

.

Rahmentermine:

Förderbescheid Mitte 2019

Baubeginn Mitte 2020

Fertigstellung Mitte 2021

.

Die Investitionskosten betragen einschließlich Ausstattung ca. 5.800.000 € (brutto). Die darin enthaltenen Baukosten betragen

.

Kostengruppe 200 (netto): ca. 80.000,-€

Kostengruppe 300 (netto): ca. 1.235.000,-€

Kostengruppe 400 (netto): ca. 850.000,-€

Kostengruppe 500 (netto): ca. 330.000,-€

II.2.5) Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) Geschätzter Wert

Wert ohne MwSt.: 327 719.00 EUR

II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 36

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt nach formaler Prüfung der Vollständigkeit der vorzulegenden Nachweise auf der Grundlage einer einheitlichen Bewertungsmatrix:

.

Maßgebende Kriterien und Wichtungen für die Wertung der Teilnahmeanträge:

Technische Leistungsfähigkeit / Fachliche Eignung und Zuverlässigkeit 100,00 v.H.

.

Angabe zu Unterkriterien

.

Kriterium „Fachliche Eignung und Zuverlässigkeit“:

.

Angaben zu den Referenzen in den vergangenen 10 Jahren erbrachten vergleichbaren Leistungen

Unterkriterien Angaben zu den Referenzen vergleichbarer Leistungen

.

Unterkriterium Qualität der Referenzen

.

Wichtung Qualität der Referenzen

Wertungskriterium 1 Büro/Unternehmen 10 v.H.

Wertungskriterium 1 Projektleiter 11 v.H.

Wertungskriterium 1 Bauleiter 11 v.H.

Wertungskriterium 2 Büro/Unternehmen 10 v.H.

Wertungskriterium 2 Projektleiter 12 v.H.

Wertungskriterium 2 Bauleiter 12 v.H.

Wertungskriterium 3 Büro/Unternehmen 10 v.H.

Wertungskriterium 3 Projektleiter 12 v.H.

Wertungskriterium 3 Bauleiter 12 v.H.

·
Für das Büro/Unternehmen / für den Projektleiter / den Bauleiter jeweils:

·
Wertungskriterium 1:

·
Planung und Realisierung eines Gebäudes mit vergleichbaren Anforderungen an Komplexität, Sanierung oder Neubau eines Gebäudes für die berufliche Bildung; mindestens 500 qm Nutzfläche (NUF) gesamt.

·
A.

Gebäude für Berufliche Bildung = 3 Punkte

Gebäude für Schulen und Ausbildung allgemein = 2 Punkte

Gebäude mit anderen Nutzungen = 1 Punkt

·
B.

≥ 1.000 qm Nutzfläche NUF = 3 Punkte

≥ 750 qm und < 1.000 qm NUF = 2 Punkte

≥ 500 qm und < 750 qm NUF = 1 Punkt

< 500 qm NUF = 0 Punkte, keine Wertung

·
Wertungskriterium 2:

·
Planung und Realisierung eines Gebäudes mit vergleichbaren Anforderungen an Komplexität, Sanierung oder Neubau eines Gebäudes mit Backstube; mindestens 400 qm Nutzfläche (NUF) gesamt.

·
A.

Gebäude mit Backstube = 3 Punkte

Gebäude mit Räumen vergleichbarer Nutzungen (Lebensmittel, Gastronomie) = 2 Punkte

Gebäude mit Werkstätten anderer Nutzungen = 1 Punkt

·
B.

≥ 800 qm Nutzfläche NUF = 3 Punkte

≥ 600 qm und < 800 qm NUF = 2 Punkte

≥ 400 qm und < 600 qm NUF = 1 Punkt

< 400 qm NUF = 0 Punkte, keine Wertung

·
Wertungskriterium 3:

·
Planung und Realisierung eines Gebäudes mit vergleichbaren Anforderungen an Komplexität, z.B. Sanierung oder Neubau eines Gebäudes mit Gästezimmern.

·
A.

Gebäude mit Gästezimmern = 3 Punkte

Gebäude mit Wohnräumen allgemein = 2 Punkte

Gebäude mit anderen Nutzungen = 1 Punkt

·

B.

≥ 1.000 qm Nutzfläche NUF = 3 Punkte

≥ 750 qm und < 1.000 qm NUF = 2 Punkte

≥ 500 qm und < 750 qm NUF = 1 Punkt

< 500 qm NUF = 0 Punkte, keine Wertung

Die Punktwerte zu A. und B. werden je Referenz addiert und gemittelt

Allgemein gilt für das Ergebnis der Überprüfung (Qualität):

Das Gesamtergebnis der Überprüfung (Qualität) der Referenzen wird jeweils je Wertungskriterium arithmetisch aus den Einzelergebnissen gemittelt.

Bei Vorlage mehrerer Referenzen werden die Punktzahlen je Wertungskriterium gemittelt.

Maximal mögliche Gesamtpunktzahl 300 Punkte.

Sofern mehr als 5 wertungsfähige Teilnahmeanträge von geeigneten Bewerbern / Bewerbergemeinschaften vorliegen, wird der Auftraggeber eine differenzierende Eignungsprüfung gemäß der beigefügten Wertungsmatrix vornehmen und die 5 Bewerber / Bewerbergemeinschaften zur Angebotsabgabe auffordern, die die höchste Punktzahl erreicht haben. Im Falle von Punktgleichheit entscheidet das Los. Die aufgeforderten Bieter geben auf der Grundlage der Vergabeunterlagen ein verbindliches Erstangebot ab. Nach Auswertung der Erstangebote erhalten die Bieter die Möglichkeit, in einem Verhandlungstermin ihr Angebot zu präsentieren und über die Vergabeunterlagen zu verhandeln. Anschließend werden alle Bieter aufgefordert, ein überarbeitetes, finales Angebot zu unterbreiten. Auf das wirtschaftlichste Angebot wird der Zuschlag erteilt.

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Stufenvergabe: Stufe 1: LPH 1-4, Stufe 2: LPH 5-9

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Erklärung, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen worden sind oder vorliegen die die Eignung oder Zuverlässigkeit gem. § 42 VGV i.V.m. § 123, 124 GWB in Frage stellen z.B. wirksames Berufsverbot (§ 70 StGB), wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132a STPO), wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO), rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten zwei Jahre gegen das Unternehmen wegen:

Bildung krimineller Vereinigung (§ 129 StGB), Bildung terroristischer Vereinigungen (§ 129a StGB), Kriminelle oder terroristische Vereinigungen im Ausland, (§ 129b StGB), Terrorismusfinanzierung (§ 89 a Abs. 2 Nr. 2 und 89c StGB), Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte (261 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Subventionsbetrug (§ 264 StGB), Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB), Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern (§ 108e StGB), Vorteilsgewährung und Bestechung (§§ 333, 334 StGB ggfls. i.V.m. 335a StGB), Bestechung ausländischer Abgeordneter in Bezug auf internationalem Geschäftsverkehr (Art. 2 § 2 Gesetz zur Bekämpfung int. Bestechung), Menschenhandel oder Förderung Menschenhandels (§§ 232, 233, 233a StGB), Diebstahl (§ 242 StGB), Unterschlagung (§ 246 StGB), Erpressung (§ 253 StGB), Kreditbetrug (§ 265b StGB), Untreue (§ 266 StGB), Urkundenfälschung (§ 267 StGB), Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB), Delikte im Zusammenhang mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB), Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Brandstiftung (§ 306 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324a StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (§ 326 StGB), die mit Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde.

Erklärung dass kein Verstoß gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat und/oder mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist, vorliegt. Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Erklärung, dass die Leistungserbringung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen (§ 73 Abs. 3 VgV 2016) erfolgt

Bietergemeinschaften sind zugelassen. Die Gewährleistung der gesamtschuldnerischen Haftung auch über die Auflösung der ARGE hinaus ist durch eine verbindliche Erklärung nachzuweisen.

Als vorläufiger Beleg der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen wird die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) nach § 50 VgV akzeptiert.

Im Falle der Vorlage einer EEE haben Bergewerbergemeinschaften für alle Mitglieder eine separate EEE abzugeben. Von Nachunternehmern und Unternehmen, deren Kapazitäten sich der Bewerber bedienen will (Eignungsleihe), ist ebenfalls eine separate EEE einzureichen.

Webseite zur Erstellung einer EEE:

<https://ec.europa.eu/growth/tools-data-bases/espd/filter?lang=de>

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung § 45 (3) VgV:

Die Erklärung eines in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder Kreditversicherers, dass sie mit dem Bewerber im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung über mindestens 2,0 Mio. € bei Personenschäden und mindestens 1,0 Mio. € bei sonstigen Schäden bereit ist abzuschließen oder eine solche Versicherung bereits ständig abgeschlossen ist, ist vor Vertragsabschluss vorzulegen. Die Erklärung darf nicht älter als 1 Jahr sein.

Der Auftragnehmer / die Arbeitsgemeinschaft muss eine Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragszeit unterhalten und ist verpflichtet, dem AG jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung

vorzulegen. Der Auftragnehmer / die Arbeitsgemeinschaft hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der genannten Deckungssumme besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme beträgt.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Die tatsächlichen Leistungserbringer im Auftragsfall, wie der Projektleiter (PL) und der Bauleiter (BL) sind gemäß § 46 VgV namentlich zu benennen und mit beruflicher Qualifikation anzugeben. Der Nachweis der fachlichen Qualifikation ist durch Vorlage der Berufszulassung, durch Angaben zur Berufserfahrung in Jahren sowie durch Referenzen zu führen.

Die für die Erbringung der Leistungen Benannten müssen eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Dipl. Ing. TU/TH/FH) bzw. Master oder eine vergleichbare Berufszulassung nachweisen.

Der Projektleiter muss eine Berufserfahrung von min. 5 Jahren (in der entsprechenden Dienstleistung) nachweisen.

Der Bauleiter muss eine Erfahrung von min. 5 Jahren (in der entsprechenden Dienstleistung, Lph 8) nachweisen.

Die Referenzen dürfen nachweislich nicht länger als 10 Jahre (Fertigstellung) zurückliegen, d.h. Leistungserbringung der Planung ab Juli 2008 und Stand Juli 2018 Leistungserbringung der LPH 8 begonnen oder abgeschlossen

Zu folgenden Wertungskriterien sind Referenzprojekte anzugeben:

Für das Büro/Unternehmen, für den Projektleiter und für den Bauleiter ist jeweils mindestens 1 Referenz für Wertungskriterium 1 – mit vergleichbarem Leistungsgegenstand – wie unter II.2.9 beschrieben vorzulegen.

Wertungskriterium 2 und 3 sind keine Mindestkriterien. Die Bepunktung erfolgt wie unter II.2.9 beschrieben.

Das jährliche Mittel der vom Bewerber oder Bieter in festangestellten und mit vergleichbaren Leistungen betrauten Ingenieure der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre muss mindestens 2 betragen.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Natürliche Personen, die gemäß Rechtsvorschriften ihres Heimatstaates zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt“ und/oder „Ingenieur“ und/oder „Beratender Ingenieur“ und/oder „M.Sc“ und/oder „Master Architecture“ oder vergleichbar (dies gilt für den/die Projektleiter(in) (PL)) oder Bachelor (dies gilt für den/die Bauleiter(in) BL) berechtigt sind. Ist in den jeweiligen Heimatstaaten die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die Anforderungen als Ingenieur, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweisen verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG, zuletzt geändert durch Richtlinie 2013/55/EU, gewährleistet ist.

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

- der Auftragnehmer hat für den gesamten Leistungszeitraum einen qualifizierten Projektleiter(in) (und für die Leistungsphase 8 einen Bauleiter(in)) zu benennen welcher gegenüber Auftraggeber und den sonstigen Planungsbeteiligten eigenverantwortlich als Ansprechpartner(in) zur Verfügung steht.
- die örtliche Präsenz in Weinheim ist in engen Intervallen gemäß den Planungserfordernissen sicherzustellen.
- die personelle Kontinuität bezüglich der Präsenz vor Ort ist möglichst sicherzustellen.
- Projekt- und Planbesprechungen finden in Weinheim statt
- die örtliche Bauüberwachung ist ebenfalls durch den Einsatz einer qualifizierten Person sicherzustellen.
- Unterbeauftragungen sind nur mit Zustimmung des Bauherrn zulässig.
- Eine Erklärung zur Verpflichtung zur Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen ist bei Auftragsvergabe vorzulegen

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren**IV.1) Beschreibung****IV.1.1) Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs****IV.1.5) Angaben zur Verhandlung**

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion**IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) Verwaltungsangaben**IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren****IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 28/09/2018

Ortszeit: 12:00

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 05/11/2018

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots**IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote****Abschnitt VI: Weitere Angaben****VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Zum Nachweis der Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen, kann auf der unter I.1) angegebenen Internetseite des Auftraggebers ein Bewerberbogen heruntergeladen werden. Die Unterlagen sind in einem verschlossenen Umschlag abzugeben.

Die angegebene Vertragslaufzeit unter II.3 beinhaltet nicht die Dauer für den Anspruch auf Mängelbeseitigung..

Zu Bietergemeinschaften:

Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Einreichung des Teilnahmeantrages gebildet haben, werden nicht zugelassen.

Die Leistungsabgrenzung innerhalb der Arbeitsgemeinschaft ist darzustellen.

Die Funktionen, Abläufe und Zuständigkeiten der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft sind in einem Organigramm, welches dem Teilnahmeantrag beizufügen ist, nachvollziehbar darzustellen.

Für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft ist ein eigener Bewerbungsbogen zu erstellen.

Der Teilnahmeantrag muss die in den Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen und Angaben enthalten. Die Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen.

Der Bewerber hat eine Aufstellung beifügen, aus der das jährliche Mittel der vom Bewerber oder Bieter in den letzten drei Jahren Beschäftigten gesamt, Beschäftigten der Fachrichtungen (entsprechend der geforderten Dienstleistungen) und die Anzahl seiner Führungskräfte (§ 46 (8) VgV) hervorgeht.

Zu Unteraufträgen:

Der Bewerber oder Bieter hat anzugeben, welche Teile des Auftrages er unter Umständen als Unterauftrag zu vergeben beabsichtigt (§ 46 (10) VgV). Zum Nachweis, dass ihm die erforderlichen Fähigkeiten (Mittel, Kapazitäten) der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er die Unternehmen zu benennen und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

Im Fall der Eignungsleihe ist das Formblatt „Eignungsleihe“ einzureichen. Das Formblatt ist im Original vorzulegen. Im Fall der Eignungsleihe hat das eignungsverleihende Unternehmen die „Verpflichtungserklärung Eignungsleihe“ abzugeben sowie die einschlägigen Eignungsnachweise vorzulegen. Das Formblatt ist im Original einzureichen.

Der Auftraggeber behält sich gemäß § 17 Absatz 11 VgV vor, den Zuschlag nach Maßgabe der Zuschlagskriterien auf Grundlage der verbindlichen Erstangebote zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten. Anderenfalls werden die beteiligten Bieter zu Verhandlungen und anschließender Einreichung überarbeiteter Angebote aufgefordert. Nach Prüfung der Angebote erfolgt der Zuschlag auf Grundlage der bekannt gemachten Zuschlagskriterien.

Für die Darstellung der Referenzen gilt allgemein:

Maximal 2 DIN A4-Seiten je Referenz, nachfolgende Angaben: Lageplan; Flächenangaben; Leistungszeit; Ort der Ausführung; textliche Kurzbeschreibung; Angabe der erbrachten Leistungsphasen; Benennung des Auftraggebers der Dienstleistung mit Angabe des verfügbaren Ansprechpartners und der Telefonnummer.

Folgende Unterlagen stehen auf der unter I.3. genannten Projekt-Homepage zur Verfügung:

- Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrages
- Bewerbungsbogen
- Formblatt Honorarangebot
- Zuschlagskriterien
- Honorarvertrag
- Voruntersuchung / Gutachten als Anlage zum Förderantrag

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe
 Durlacher Allee 100
 Karlsruhe
 76137
 Deutschland
 Telefon: +49 7219268730
 E-Mail: poststelle@rpk.bwl.de
 Fax: +49 7219263985
 Internet-Adresse: <http://www.rp-karlsruhe.de/servlet/PB>

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
 § 160 (3) GWB

Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe
 Durlacher Allee 100
 Karlsruhe
 76137

Deutschland

Telefon: +49 7219268730

E-Mail: poststelle@rpk.bwl.de

Fax: +49 7219263985

Internet-Adresse: <http://www.rp-karlsruhe.de/servlet/PB>

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
24/08/2018